



Informationsdienst SHLV

Schweizerischer Heiligland-Verein

Solidarität mit den Brüdern und Schwestern in den Ländern christlichen Ursprungs

Jakob Hertach, Geissacherstrasse 22, 8157 Dielsdorf

Tel. +41 (0)44 854 09 38 E-Mail: redaktion@heiligland.ch

Bulletin 175 – Juli 2011

Editorial

Lieber Leser, liebe Leserin

Die aktuelle Lage in Nordafrika und insbesondere in Syrien und Ägypten ist nach wie vor unklar. Diese Beobachtung zeigt sich in der aktuellen Berichterstattung. Erstaunlich sind jedenfalls die Aussagen der kirchlichen Würdenträger über ihr Verhältnis zur (noch) Regierung.

Offensichtlich ist, dass die Christen ihre Sicherheit und ihren bislang erhaltenen Schutz sehr hoch einschätzen. Ich werde die Entwicklung weiter verfolgen und wieder darüber berichten.

Ein besonderer Hinweis verdient die Aussage von Papst Benedikt XIV., wir Christen müssten offen sein für die moderne Welt. «Das Christentum sei etwas Lebendiges und könne alles aufnehmen, was es in der Moderne an Gutem gibt.» Das ist nachdenkenswert!

Ich wünsche Ihnen allen eine erholsame Ferienzeit.

Jakob Hertach

Israel

Jerusalem: Neue Ausgrabungen aus der Eisenzeit

Jerusalem ist um eine archäologische Attraktion reicher: Seit kurzem können Besucher zwischen den Ausgrabungen der sogenannten Davidstadt und dem Fuss des Tempelbergs Reste einer eisenzeitlichen Stadtmauer sowie dazugehöriger Gebäude besichtigen. Der 70 Meter lange und 6 Meter hohe Mauerabschnitt wurde möglicherweise unter dem biblischen König Salomo im 10. Jahrhundert vor Christus errichtet.

Ausser der Mauer fanden die Archäologen Reste eines Pförtnerhauses, eines königlichen Bauwerks sowie eines Eckturms, von dem aus das angrenzende Kidrontal überblickt werden konnte. Das Pförtnerhaus enthält vier gleichgrosse Räume seitlich eines Korridors. Dieser Grundriss ist charakteristisch für die Zeit des ersten Tempels Salomos. Archäologin Eilat Mazar identifizierte das Pförtnerhaus mit dem biblischen Wassertor, das während der babylonischen Eroberung der Stadt (586 v. Chr.) zerstört wurde.

Die Grabungen brachten auch den frühesten Schriftfund Jerusalems zutage. Das kleine Tontafel-Fragment enthält in akkadischer Keilschrift nur wenige entzifferbare Wörter. Forscher glauben jedoch, dass es sich

um die Kopie eines Schreibens des Jerusalemer Königs Abdi-Hepa (um 1350 v. Chr.) an den ägyptischen König handelt. Mazar vermutet, es handle sich um Teile der im Alten Testament im 1. Buch der Könige erwähnten Befestigungsanlage König Salomos. Damit seien erstmals Reste von Bauwerken gefunden worden, die in der Bibel beschriebenen Bauten des 10. vorchristlichen Jahrhunderts entsprächen.

Eilat Mazar ist wegen ihrer Zuordnung von archäologischen Funden zu biblischen Texten umstritten.

Orthodoxe jüdische Gruppe fordert Vielehe

Eine Gruppe orthodoxer Juden engagiert sich seit zwei Jahren für eine Wiedezulassung der Vielehe im orthodoxen Judentum. Mit einem Aufruf wandte sie sich «an alle gottesfürchtigen Juden».

Anstelle von Arabern, die jüdische Frauen heiraten, sollten Juden dies tun. Davon könnten vor allem unverheiratete, geschiedene und verwitwete Frauen profitieren. Polygamie würde nach Ansicht der Initianten ausserdem Abhilfe schaffen gegen eine «arabische demographische Bedrohung» sowie gegen aussereheliche Beziehungen.

Die Monogamie sei keine jüdische Idee, sondern aufgrund religiösen Zwangs und unter christlichem Einfluss entstanden, argumentiert der für den Aufruf verantwortliche Rabbiner.

Umfrage: Drei Viertel der Israelis gegen Land für Frieden

77 Prozent der 500 befragten Israelis sind gegen eine Rückkehr zu den Grenzen vor dem Sechstagekrieg 1967. Das gelte auch, wenn dies zu einem Friedensabkommen und zu einer Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten führen würde.

85 Prozent erklärten, Jerusalem müsse auch im Rahmen eines Friedensabkommens ungeteilt unter israelischer Souveränität bleiben. 75 Prozent lehnten eine Übergabe des Tempelbergs an die Palästinenser ab, selbst wenn die Klagemauer unter israelischer Aufsicht bliebe.

Mit Blick auf das benachbarte Jordanien meinten 84 Prozent, Israel müsse die Kontrolle über den strategisch wichtigen Jordangraben behalten. 82 Prozent stuften Fragen der nationalen Sicherheit für wichtiger ein als ein Friedensabkommen. 60 Prozent gaben an, gut zu verteidigende Grenzen dienten der Sicherheit mehr als ein Friedensabkommen.

Im Vergleich zu JCPA-Erhebungen von 2005 misstrauten mehr Israelis der Anerkennung eines Existenzrechts Israels durch die Palästinenser. Zudem zweifelt ein höherer Prozentsatz der Befragten an der palästinensischen Bereitschaft, Forderungen nach einem Rückkehrrecht der Flüchtlinge aufzugeben.

Naher Osten

Ägypten: Gefahr einseitiger Berichterstattung

Der Soziologe Cornelis Hulsman warnt vor einer einseitigen medialen Berichterstattung aus Ägypten. Insbesondere das Verhältnis von Christen und Muslimen sei in der Berichterstattung immer wieder zu Unrecht und undifferenziert problematisiert worden. Hulsman ist Gründer und Chefredaktor der Internet-Plattform «Arab West Report», die seit 1997 über 26 000 Artikel zum christlich-muslimischen Verhältnis im arabischen Raum gesammelt und dieses analysiert hat.

Mediale Fehlinformation sei bis hinein in die westlichen und europäischen Medien weit verbreitet - mit oftmals fatalen Folgen, da Medienberichte zu einer Emotionalisierung beitragen können, so Hulsman. Es gebe zwar tatsächlich «antichristliche Muslime», aber ebenso würden die koptischen Christen oftmals «sehr emotional» reagieren und «pauschale Anti-Islam-Aussagen» tätigen. Beides helfe jedoch nicht weiter, sondern vertiefe höchstens die Gräben.

Insgesamt sei die Situation für Christen in Ägypten positiver, als sie sich in den Medien oftmals darstelle. Es würden Kirchen errichtet, es gebe eine neue Offenheit in der gesellschaftlichen Debattenkultur, zugleich gebe es aber auch einen wachsenden Einfluss islamistischer Kräfte insbesondere aus dem Iran, so Hulsman.

«Gekippt» sei dieses Verhältnis erst, als koptische Klöster im März begonnen hätten, Mauern um die Klöster zu errichten, um sich vor etwaigen Übergriffen vor allem des Mobs zu schützen. Dies wurde indes von der Armee nicht geduldet.

Ägypten: «Grosser Sprung nach vorn»

Die ägyptische Militärregierung habe zwar erste «positive Massnahmen» zum Schutz der christlichen Minderheit sowie zur Vorbeugung interreligiöser Auseinandersetzungen getroffen. Die tieferen Ursachen des Konfliktes seien nur mit den Mitteln des Rechtsstaates und mit Gesetzen zu beheben, erklärte der koptisch-katholische Patriarch Antonios Naguib. Insgesamt habe das Land jedoch einen «grossen Sprung nach vorn» gemacht, hob der in Kairo residierende Patriarch hervor. Das Ende des «diktatorischen und korrupten Systems» sei ein grosser Erfolg, auch wenn die Schwierigkeiten «im engeren Sinne» weiterhin fortbeständen. Mit diesen seien jedoch nicht nur die Christen, sondern alle Bürger des Landes konfrontiert.

Naguib äusserte die Hoffnung, dass sich die Rechtsstaatlichkeit in Ägypten «Schritt für Schritt» durchsetze und Christen in dem Demokratisierungsprozess eine angemessene Rolle spielen könnten. Ihre Rechte sollten in einer neuen Verfassung verankert werden.

Jordanien: Erste katholische Universität geht online

Zwei Jahre nach der Grundsteinsegnung durch Papst Benedikt XVI. stehen die Arbeiten an der Katholischen Amerikanischen Universität (AUM) im jordanischen Madaba vor dem Abschluss. Der Lehrbetrieb an der ersten katholischen Universität Jordaniens soll im Oktober aufgenommen werden. Die Internetseite ist bereits online. Die neue Hochschule unweit des Internationalen Flughafens von Amman umfasst sieben Fakultäten und bietet Platz für bis zu 8000 Studenten und 500 Dozenten. Neben einer wirtschafts- und einer naturwissenschaftlichen Fakultät werden Ingenieurwissenschaften, Gesundheitswissenschaften, Informatik, Kunst und Design sowie Sprachen und Kommunikation als Studienfächer angeboten. Unterrichtssprache ist Englisch.

Die katholische Universität, die seit Mai den Namen «Amerikanische Universität Madaba» trägt, wird künftige Führungspersönlichkeiten für Jordanien und die Region hervorbringen.

Geplant sind Kooperationen und Austauschprogramme mit europäischen und US-amerikanischen Universitäten.

Syrien: Angst vor irakischen Verhältnissen

Die Lage in Syrien droht nach Einschätzung des chaldäischen Bischofs von Aleppo, Antoine Audo, ausser Kontrolle zu geraten. Die Bischöfe des Landes hätten Angst, dass sich die Verhältnisse wie im Irak entwickeln könnten, sagte Audo. Das Problem sei die mangelnde Dialogbereitschaft des Regimes sowie dessen gewaltsames Vorgehen.

Die Situation sei sehr kompliziert, weil sich ein Militärregime, das 50 Jahre lang vom sowjetischen Sozialismus bestimmt worden sei, nun erstmals einem grundlegenden Wandel gegenübersehe, wird der Bischof zitiert. Er äusserte die Hoffnung, dass das Regime die angekündigten Reformen verwirkliche, und dass Ägypten und Tunesien Syrien auf dem Weg zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes unterstützen.

Angst vor einer Islamisierung

Nach dem griechisch-katholisch melkitischen Patriarchen Gregorios III. Laham haben sich weitere katholische Bischöfe in Syrien hinter Präsident Bashar al-Assad gestellt. Der syrisch-katholische Erzbischof von Damaskus, Elias Tabe, und der chaldäisch-katholische Bischof von Aleppo, Antoine Audo, übten scharfe Kritik an der internationalen Berichterstattung über die Unruhen im Land, und sie bekundeten ihre Unterstützung für Assad.

Tabe verhehlt nicht, dass er von dramatischen Veränderungen negative Auswirkungen für die Christen befürchtet. Die Gewalt gehe vor allem auf das Konto von Terroristen, die aus dem Ausland eingesickert seien. Der Weg der Reformen sei nicht leicht und brauche Zeit, die Mehrheit der Bevölkerung stehe aber hinter Assad. Die christlichen Kirchen in Syrien seien für einen «demokra-

tischen Weg», damit das Land nicht dem Fundamentalismus ver falle. Es werde Syrien gelingen, die notwendigen Reformen auch ohne internationalen Druck in Gang zu setzen. Bischof Audo aus dem Jesuitenorden warnte, dass Syrien nach einem allfälligen Sturz von Präsident Assad mit den gleichen Problemen konfrontiert werden könnte wie der Irak nach dem Einmarsch der Amerikaner und ihrer Verbündeten. Syrien müsse gegen Destabilisierungsversuche Widerstand leisten. 80 Prozent der Bevölkerung, insbesondere alle Christen, stünden hinter der Regierung.

Sunniten wie auch Schiiten hätten kein Staatsmodell, in dem es wirkliche Religionsfreiheit gibt. Man würde bei einem Machtwechsel wohl auf Modelle aus osmanischer Zeit («Millet-System») zurückgreifen und Christen zu «Schutzbefohlenen» erklären. Ein solches Modell werde sogar von «fortschrittlichen» muslimischen Denkern als positiv bewertet, erklärte der Salzburger Kirchenhistoriker und Ostkirchenexperte Dietmar Winkler. Letztlich würde das aber bedeuten, dass Christen wieder Bürger zweiter Klasse wären.

Die Christen wollten hingegen Religionsfreiheit in einem demokratischen Staat und gleiche Bürgerrechte für alle, «und sie haben das Gefühl, dass ihre Rechte unter dem Assad-Regime noch besser gewährleistet sind als in einem islamisch geprägten Staat». Zudem würden die Christen in Syrien auch keine Strategie im Ärmel haben, wie sie mit dem politischen Wechsel umgehen sollten. Zugleich zeigte sich der Salzburger Ostkirchenexperte vom syrischen Präsidenten Bashar al-Assad enttäuscht. Viele Beobachter hätten bei seinem Regierungsantritt 2000 gehofft, dass spürbare Reformen eingeleitet werden.

Reformen «dringend notwendig»

Papst Benedikt XVI. hat die «dringende Notwendigkeit» grundlegender politischer, sozialer und wirtschaftlicher Reformen in Syrien hervorgehoben und eine Achtung der Menschenrechte in dem Land angemahnt. Eine dauerhafte Einheit könne es in Syrien nur geben, wenn die zentrale Rolle der Menschenwürde anerkannt werde, heisst es in einer Rede zum Antrittsbesuch des neuen syrischen Botschafters beim Heiligen Stuhl.

Die jüngsten Ereignisse in Syrien und anderen arabischen Ländern des Mittelmeerraums hätten den Wunsch nach wirtschaftlicher Entwicklung, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Mitspracherechten zum Ausdruck gebracht. Diese Hoffnungen auf eine «bessere Zukunft» dürften jedoch nicht zu Intoleranz, Diskriminierung oder gar Gewalt führen, hob der Papst hervor. Vielmehr müssten sie vom Geist der Versöhnung und dem uneingeschränkten Respekt vor den legitimen Rechten der Personen und Gemeinschaften geprägt sein.

Zugleich lobte Benedikt XVI. das friedliche Zusammenleben von Muslimen und Christen in Syrien. Die gegenwärtigen interreligiösen Beziehungen seien gut, sagte der Papst; gleiches gelte für das ökumenische Gespräch.

Syrien sei traditionell ein Beispiel für Toleranz, friedliches Zusammenleben und harmonische Beziehungen zwischen Christen und Muslimen gewesen.

Der Papst forderte eine «globale Lösung» für den Frieden im Nahen und Mittleren Osten. Teillösungen oder nationale Alleingänge seien unzureichend. Es dürfe niemand ausgeschlossen werden, der nach einer für alle annehmbaren Übereinkunft suche und für die Hoffnungen und berechtigten Interessen der verschiedenen Völker eintrete. Eine solche Lösung müsse Ergebnis eines Kompromisses sein und dürfe nicht den Charakter eines einseitigen Diktats haben.

Libanon: Kirche fürchtet Machtvakuum

Besorgnis über die aktuelle politische Lage im Libanon haben Vertreter der maronitischen Kirche geäußert. Maronitische Bischöfe aus dem In- und Ausland warnten vor einem Machtvakuum im Libanon, sollten die Verantwortlichen zu keiner schnellen Regierungsbildung kommen. Die seit mehr als fünf Monaten andauernden Verzögerungen bei der Regierungsbildung schädigten die Wirtschaft in allen Bereichen, heisst es in einer gemeinsamen Stellungnahme der Bischöfe. Auch der Produktionssektor werde durch den politischen Stillstand vor Beginn der touristischen Sommersaison geschwächt. Die Bischöfe riefen die Verantwortlichen auf, am Nationalpakt als «Garantie für den Fortbestand des Libanon» festzuhalten. Patriarch Rai warnte die politischen Führer davor, die bestehenden Spaltungen im Libanon durch taktische Manöver noch zu verstärken. Er bekräftigte seine Forderung nach Reformen, insbesondere bei der Machtverteilung. Weltweit gibt es rund 3,1 Millionen Maroniten. Etwa 1,3 Millionen davon leben im Libanon, wo sie Schätzungen zufolge zwischen 30 und 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Ihren Namen leiten die Maroniten von dem im 5. Jahrhundert lebenden Einsiedler Maron ab. Heute nehmen die Maroniten unter den Christen des Libanon die politische Führung ein und stellen seit der Unabhängigkeit 1943 den Präsidenten des Landes.

Türkei: Syrisch-orthodoxes Kloster wiedereröffnet

Im Südosten der Türkei, in Tur Abdin, wurde kürzlich ein Kloster der syrisch-orthodoxen Kirche wiedereröffnet. Das Kloster Mor Augin wurde im 4. Jahrhundert gegründet, in der Blütezeit lebten dort mehr als 350 Ordensmänner. Mor Augin war ein bedeutendes spirituelles Zentrum. Vor hundert Jahren lebten dort noch zwölf Mönche, 1970 starb der letzte. Seither stand das Kloster leer und war am Zerfallen. Jetzt lebt der Mönch Yoken Unfal (36) wieder im Kloster. Er hoffe, dass sich Mor Augin bald wieder zu einem spirituellen Zentrum der Region entwickeln werde. Yoken wurde 1975 in Tur Abdin geboren und wanderte mit seiner Familie aus. 2000 ging er in Damaskus ins syrisch-orthodoxe Patriarchat. 2004 wurde er Mönch und 2005 zum Priester geweiht.

Islam

Zunehmende Proteste gegen Fahrverbot für Frauen in Saudi-Arabien

Kürzlich wurden in Riad sechs Frauen wegen unerlaubten Autofahrens festgenommen. Die Organisatorinnen der Kampagne betonten, dass kein Gesetz in Saudi-Arabien Frauen das Autofahren verbiete. Das Verbot beruhe auf einem religiösen Rechtsgutachten, einer sogenannten Fatwa. Die Kampagne soll solange fortgesetzt werden, bis ein königlicher Erlass den Frauen das Fahren gestatte.

Mitte Mai hatten saudi-arabische Behörden Manal al-Sharif festgenommen und wegen «Anstachelung von Frauen zum Autofahren», angeklagt. Die 32-Jährige hatte mit einem Youtube-Video ihre Autofahrt im Osten des Landes dokumentiert. Rund 3300 Unterstützer der Angeklagten richteten eine Petition an den saudischen König, in der sie eine klare Entscheidung zugunsten einer Fahrerlaubnis für Frauen fordern; 24000 Internet-Nutzer äusserten bislang ihre Unterstützung für al-Sharif auf einer Facebook-Seite.

Britischer Menschenrechtler: Muslime integrationsfreudiger als Christen

Muslime integrieren sich nach Ansicht des Menschenrechtlers Trevor Phillips besser in die britische Gesellschaft als viele Christen. Muslimische Gemeinden täten ihr Allerbestes, um von ihren Nachbarn integriert zu werden, sagte der Vorsitzende der britischen Menschenrechtskommission. Zudem bemühten sie sich, eine mit einer modernen Demokratie zu vereinbarende Idee des Islam zu entwickeln.

Der Menschenrechtler betonte, Glaube sei ein Aspekt, der das Leben reicher und bedeutungsvoller für das Individuum mache. Er habe einen fundamentalen Anteil, eine Gesellschaft besser zu machen als eine andere. Deshalb, so Phillips, Sorge er sich, wenn er höre, dass Religion eine Privatsache und überwiegend eine individuelle Wahl sei.

Mehr als 10 Prozent der Bevölkerung werden dem Islam angehören

Noch in diesem Jahrhundert wird der Anteil der Muslime an der Schweizer Gesamtbevölkerung auf über 10 Prozent steigen. Diese Ansicht vertritt der Freiburger Religionshistoriker Jean-François Mayer. Zu dieser Zunahme werde es aus demografischen Gründen kommen, da die muslimische Bevölkerungsgruppe viel jünger sei als andere Gruppen. Wie viele der Muslime ihren Glauben auch praktizieren werden, sei jedoch völlig offen. Hier gäbe es widersprüchliche Tendenzen unter den im Westen lebenden Muslimen.

Im Jahr 2000 lebten laut Volkszählung rund 310000 Muslime in der Schweiz. Dies entsprach 4,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Gesicherte aktuelle Daten zur Anzahl Muslime gibt es derzeit nicht.

Mayer arbeitet im Auftrag des Kantons an einer Studie

zur Entwicklung der Religionsgemeinschaften im Kanton Freiburg in den vergangenen 20 Jahren. Die Untersuchung soll auch aufzeigen, wie die Integration neuer Religionsgemeinschaften wie Islam oder Buddhismus gefördert werden kann.

Neue Übersicht zum Moscheebau in Deutschland

Mehr als 120 repräsentative, durch Minarett oder Kuppel erkennbare Moscheen gibt es derzeit in Deutschland. Über Standorte, Verteilung und Trägerschaft gibt eine neue Karte des Leibniz-Instituts für Länderkunde Aufschluss.

Nicht berücksichtigt seien die vielen Laden- und Hinterhofmoscheen in umfunktionierten Gebäuden ohne deutlich sichtbare architektonische Symbolik. Die Erläuterungen verfasste der Wissenschaftler Thomas Schmitt vom Göttinger «Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften».

Nach Schmitts Recherchen stehen die meisten Moscheen in den industriellen Ballungsräumen an Rhein und Ruhr, im Rhein-Main-Gebiet sowie in der Rhein-Neckar-Region. Die regionale Konzentration sei auf die Arbeitsmigration aus islamisch geprägten Ländern zurückzuführen, insbesondere der Türkei. Doch entstand die älteste Moschee Deutschlands, ein Bau der Ahmadiyya-Bewegung in Berlin-Wilmersdorf, bereits in den 1920er Jahren.

Deutscher Innenminister will schärfer gegen Salafisten vorgehen

Boris Rhein, Vorsitzender der deutschen Innenministerkonferenz, fordert ein härteres Vorgehen gegen islamistische Hassprediger und die islamistische Strömung der Salafisten. «Die salafistische Ideologie ist ein Dreh- und Angelpunkt für diejenigen, die sich am sogenannten Heiligen Krieg beteiligen wollen. Was Salafisten predigten, sei in «höchstem Mass verfassungswidrig» und hintertreibe sämtliche Integrationsbemühungen, erklärte Rhein.

Der Salafismus

Der Salafismus ist eine islamisch-fundamentalistische Strömung. Ihr Vorbild sind die «salaf as-salih», die «ehrwürdigen Vorfahren» der ersten drei Generationen von Muslimen. Sie lebten nach Meinung der Salafisten den «reinen Islam» der Frühzeit während und kurz nach den Offenbarungen Mohammeds. Diesen vermeintlichen Idealzustand des 7. Jahrhunderts wollen die Salafisten konservieren; sie imitieren ihn bis hin zu Barttracht, Bekleidung und Alltagsgewohnheiten wie der Benutzung des Zahnputzholzes.

Das salafistische Islamverständnis ist geprägt von grosser Rigorosität und Intoleranz gegenüber anderen Denkweisen. Die Salafisten lehnen auch die sunnitisch-orthodoxe Theologie und die islamischen Rechtsschulen ab, weil sie unzulässige Neuerungen in den Islam gebracht und zur Spaltung der Muslime beigetragen hätten.

Schweiz

Anna-Göldi-Preis an Islamwissenschaftlerin

Der mit 5000 Franken dotierte Anna-Göldi-Preis wurde dieses Jahr der im Kanton Solothurn wohnhaften Islamwissenschaftlerin Amira Hafner-al-Jabaji verliehen. Die 40-Jährige setzt sich seit Jahren für den Dialog zwischen den Religionen ein. Mit dem Preis will die Stiftung ein Zeichen für den konstruktiven Dialog setzen.

Hafner-Al-Jabaji, als Tochter eines Irakers und einer Deutschen in Bern geboren, studierte in der Bundesstadt Islamwissenschaften, vorderorientalische Philologie und Medienwissenschaften. Sie ist seit 1996 freischaffend als Referentin und Publizistin tätig.

Zwei Matura-Arbeiten ausgezeichnet

Der Preis der Theologischen Fakultät Freiburg (CH) für die beste Matura-Arbeit zum Thema «Das Christentum und die Religionen» geht an Stefanie Lochbühler (Gymnasium St. Klemens, Luzern) und Anna Schmid (Kollegium St. Michael, Freiburg). Beide erhalten je 300 Franken. Die Preisverleihung findet am 9. Dezember 2012 an der Diplomfeier der Theologischen Fakultät statt.

«Christinnen werden Musliminnen - Musliminnen werden Christinnen» ist das Thema der Arbeit von Anna Schmid. Darin werden die Erfahrungen von vier Frauen aus dem Raum Freiburg mit ihren Konversionsgeschichten untersucht. Von den drei Musliminnen war eine früher katholisch, während zwei reformiert waren; die vierte Frau, eine Iranerin, konvertierte vom Islam zum reformierten Christentum. Dass sie, im Gegensatz zu den anderen drei, bei den Interviews lieber «anonym» habe bleiben wollen, werfe ein bezeichnendes Licht auf die Probleme des Islam mit der Religionsfreiheit, schreibt die Universität Freiburg.

Die Arbeit von Stefanie Lochbühler trägt den Titel «Todesanzeigen - Spiegel der Religiosität. Entwicklung christlich-religiöser Elemente in Todesanzeigen Luzerner Zeitungen von 1920 bis heute».

Mehr Rassismus gegen Schwarze und Muslime

Rassistische Vorfälle gegenüber Schwarzen und Muslimen haben im Jahr 2010 zugenommen. Insgesamt registrierte das Beratungsnetz für Rassismuspfer 178 Beratungsfälle, leicht mehr gegenüber dem Vorjahr (162 Fälle). Die Dunkelziffer sei aber deutlich höher als die erfassten Ereignisse, heisst es im Bericht «Rassismüsälle in der Beratungspraxis 2010». Es handelt sich um die dritte regionenübergreifende Auswertung von Beratungsfällen zu Rassismus in der Schweiz.

Laut dem Bericht waren die Ausländerfeindlichkeit und die Hautfarbe sehr häufig der Grund für eine Diskriminierung. Häufig (23 Mal) sei Muslimfeindlichkeit ausschlaggebend gewesen. Die Meldungen von Fällen, in denen der Faktor Religion als Hintergrund mitgewirkt haben könnten, scheinen zugenommen zu haben, heisst es im Bericht. Rassistische Diskriminierung fand in den

unterschiedlichsten Lebensbereichen statt, besonders stark in der Öffentlichkeit, in der Arbeitswelt oder im Zusammenhang mit der Polizei. Keine Vorfälle habe es jedoch in den Bereichen Kirche und Werbung gegeben.

Mit Abstand am häufigsten seien abwertende verbale Äusserungen gemeldet worden. In den dokumentierten Fällen seien Afrikaner und Mitteleuropäer am meisten von Rassismus betroffen. Ein beachtlicher Teil der Opfer habe den Schweizer Pass. Betroffene wie auch Beschuldigte seien mehrheitlich männlich.

Kein Kopftuchverbot in Schulzimmern

Der Berner Grosse Rat lehnte eine Motion von Erich Hess (SVP) deutlich ab, die das Tragen von Kopfbedeckungen in Schulzimmern verbieten wollte.

Die Mehrheit des Grossen Rates befand, dass mit einer kantonalen Regelung in dieser Frage weit übers Ziel hinaus geschossen würde. Die Regelung der Kleiderfrage sollte den einzelnen Schulen überlassen werden.

Selbst die Mehrheit der SVP-Fraktion lehnte das Begehren von Hess ab. Sie sei gegen eine «Überreglementierung» und die bestehenden Empfehlungen seien ausreichend.

Umfrage: Fast die Hälfte der Befragten für Burkaverbot

Der Tessin ist der erste Kanton in der Schweiz, der über das Burkaverbot abstimmen wird. Knapp die Hälfte aller Befragten befürworten ein solches Verbot. Ein Viertel der Bevölkerung stimmt einem Verbot eher nicht oder überhaupt nicht zu.

Gemäss einer Meinungsumfrage der Coopzeitung stimmen die über 50-Jährigen zu 43 Prozent einem Burkaverbot zu, und 15 Prozent können sich nicht entscheiden. Hingegen sind bei den unter 30-Jährigen nur 16 Prozent für das Verbot und ein Drittel ist unentschieden. Während 31 Prozent der Männer das Tragen einer Burka ablehnen, sind es leicht weniger Frauen, nämlich 27 Prozent, die einem Burkaverbot beipflichten.

Neuer Versuch zur Trennung von Staat und Kirche

Die Liechtensteiner Regierung hat den Vernehmlassungsbericht zur Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Glaubensgemeinschaften verabschiedet. Damit würde die katholische Kirche ihren Status als Landeskirche verlieren.

Der zentrale Punkt der Vorlage sei die Schaffung eines Glaubensgemeinschaftsgesetzes, mit dem die Beziehungen des Staates zu den öffentlich-rechtlich anerkannten Glaubensgemeinschaften geregelt werden sollen. Das Gesetz folgt dem Grundsatz, dass die Glaubensgemeinschaften sich selber finanzieren.

Laut Volksblatt befürworte Erzbischof Wolfgang Haas eine Trennung, ebenso Fürst Hans-Adam II. und der regierende Erbprinz Alois.

Christentum

Roaco tagte in Rom

Die Vereinigung der Hilfswerke für die Ostkirchen (Roaco) diskutierte Ende Juni unter anderen Themen die Lage der christlichen Minderheit im Nahen Osten. An der Tagung nehmen Vertreter von mehr als 20 katholischen Hilfswerken aus zehn Ländern teil sowie der Kustos für die christlichen Stätten im Heiligen Land, Pierbattista Pizzballa, und der Apostolische Nuntius in Israel, Erzbischof Antonio Franco.

Die Roaco war 1968 mit dem Ziel einer umfassenden Unterstützung für die katholischen Ostkirchen gegründet worden und zählt mittlerweile 26 Hilfswerke als Mitglieder. Rund ein Drittel von ihnen kommt aus Deutschland: Die Hilfswerke Missio, Misereor, Renovabis sowie der deutsche Caritasverband, der Deutsche Verein vom Heiligen Lande, das Erzbistum Köln, das päpstliche Missionswerk der Kinder und der Verein «Pax-Hilfe». Aus der Schweiz sind dabei: die Kinderhilfe Bethlehem, der Schweizerische Heiligland-Verein, Catholica Unio Schweiz und der Verein zur Förderung der Bethlehem Universität.

Die Hilfe der Roaco erstreckt sich auf das seelsorgerische und soziale Wirken der Kirchen im Nahen und Mittleren Osten sowie auf kirchliche Schulen. Vorsitzender des Gremiums ist der Präfekt der vatikanischen Ostkirchenkongregation, gegenwärtig Kardinal Leonardo Sandri.

Fortschritte bei vatikanisch-israelischen Verhandlungen

Der Vatikan und Israel sind in ihren Verhandlungen über rechtliche und wirtschaftliche Fragen offenbar einer Einigung näher gekommen. Man habe in den Gesprächen einen «sehr bedeutenden Fortschritt» erzielt, heisst es in einer gemeinsamen Erklärung der vatikanisch-israelischen Arbeitskommission.

Die Zusammenkunft des Gremiums im Vatikan habe in einer «offenen, freundlichen und konstruktiven Atmosphäre» stattgefunden. Man habe sich über die nächsten Schritte auf dem Weg zum Abschluss einer Übereinkunft verständigt. Die Verhandlungen, bei denen es unter anderem um eine Steuerbefreiung katholischer Organisationen im Heiligen Land geht, dauern seit 17 Jahren. Bislang kamen sie zu keinem konkreten Ergebnis. Der Ende 1993 zwischen dem Vatikan und Israel geschlossene Grundlagenvertrag sah vor, innerhalb von zwei Jahren eine abschliessende Einigung zu erzielen.

Byzantinische Kirche in Akko gefunden

In der nordisraelischen Hafenstadt Akko haben Archäologen der Israelischen Antikenbehörde erstmals einen öffentlichen Gebäudekomplex aus byzantinischer Zeit ausgegraben. Nach Einschätzung des Ausgrabungsleiters Nurit Feig könnte es sich bei dem 1500 Jahre alten Fund um eine Kirche handeln, wie die Behörde mitteilte.

Diözese für Chaldäer in Kanada

Papst Benedikt XVI. hat für die rund 38 000 chaldäischen Christen in Kanada eine eigene kirchliche Struktur errichtet. Kürzlich begründete er die Eparchie «Mar Addai» von Toronto und ernannte Bischof Hanna Zora (71) zu ihrem ersten Oberhirten. Zora war seit 1974 chaldäischer Erzbischof von Ahwaz im Iran. Er musste seine Heimat jedoch 1987 verlassen, lebte danach für kurze Zeit in Rom und betreut seit 1993 die Gläubigen seiner Kirche in Kanada.

Mit Gründung der Eparchie wird die Kirche «Mar Addai» in Toronto jetzt offiziell zur Kathedrale erhoben. In Ahwaz selbst leben nach vatikanischen Angaben heute noch 25 Katholiken.

Kostbarer syrischer Bibeldruck online

Eine kostbare syrische Bibel aus dem 16. Jahrhundert - der erste Druck der sogenannten «Peschitta-Bibel» - ist ab sofort über den Katalog der österreichischen Nationalbibliothek online verfügbar. Der Bibeldruck entstand 1555 in Wien. Er basiert auf einer Übersetzung aus dem 5. Jahrhundert. Bis heute ist der syrische Text der Bibel in der syrisch-orthodoxen Kirche sowie in der Apostolischen Kirche des Ostens in Gebrauch.

Der Bibeldruck geht auf die Zusammenarbeit zwischen dem syrisch-orthodoxen Mönch Moses von Mardin in der heutigen Türkei und dem aus Schwaben stammenden Diplomaten und Gelehrten Johann Albert Widmannstad zurück.

Mardin war seit frühchristlicher Zeit einer der Brennpunkte des syrischen Christentums. Heute leben in der gesamten Region um Mardin inklusive dem angrenzenden Tur Abdin etwa 3000 Christen.

Papst: Christen müssen offen für die moderne Welt sein

Papst Benedikt XVI. hat die Gläubigen zu einer grundsätzlichen Offenheit gegenüber der modernen Welt aufgerufen. Das Christentum sei etwas Lebendiges und könne alles aufzunehmen, «was es in der Moderne an Gutem gibt», sagte er zu den Mitgliedern des neu geschaffenen päpstlichen Neuevangelisierungsrats.

Wer eine schwierige Beziehung zur Moderne habe, müsse lernen, dass das Christsein kein Kleidungsstück sei, das man nur privat oder zu besonderen Anlässen überstreife, sondern das gesamte Leben prägen müsse, unterstrich der Papst. In einigen Ländern sei Gott aus dem Leben der Menschen ausgeschlossen, und es herrsche Gleichgültigkeit gegenüber dem christlichen Glauben, so Benedikt XVI. In dieser veränderten Situation müsse die Kirche ihre missionarische Arbeit intensivieren. Die Glaubensverkündigung sei heute schwieriger als in der Vergangenheit. Es komme insbesondere auf einen glaubwürdigen Lebensstil der Christen an, betonte der Papst.

Der Infobrief SHLV wird mit Hilfe des Tagesdienstes der Presseagentur Kipa erstellt. Das Jahresabo für den Privatgebrauch ist für 250 Franken zu haben.